

Mit schlechtem Beispiel voran

Vom Versuch der Annex 1 Staaten, ihre Emissionen aus Land- und Forstwirtschaft möglichst klein zu rechnen

Wenn in den Klimaverhandlungen von LULUCF (Land Use, Land-Use Change and Forestry) die Rede ist, geht es um die Freisetzung oder Bindung von Klimagasen bei Veränderungen der Landnutzung in den Industrieländern. Deren Versuche, ihre Waldwirtschaft als möglichst große CO₂-Senke darzustellen, fordert Entwicklungsländer geradezu dazu auf, bei der Berechnung von verringerter Entwaldung im Rahmen des REDD-Mechanismus nach ähnlichen Schlupflöchern zu suchen.

Werden Moore trocken gelegt, Wiesen in Ackerland umgewandelt oder Wälder abgeholzt, wird CO₂ freigesetzt. Gebunden wird es dagegen, wenn neue Wälder entstehen oder weniger Holz eingeschlagen wird als nachwächst.

Bisher ist es den Annex 1 Staaten weitgehend freigestellt, welche dieser Landnutzungsveränderungen sie in ihre Klimabilanzen einbeziehen. Verbindlich ist im Rahmen des Kyoto Protokoll allein die Nennung von Zahlen für Entwaldung und Aufforstung. Und selbst die sind kaum vergleichbar, da die UNFCCC-Definition von Wäldern es den Staaten freistellt, einen Mindestkronendeckungsgrad zwischen 10 und 30 Prozent als Berichtsgrundlage zu wählen. Diese Definition erlaubt es, aus einem Naturwald die Hälfte aller Bäume zu entnehmen oder ihn in eine Plantage zur Produktion von Biomasse umzuwandeln, ohne dass die damit verbundenen CO₂-Emissionen in die nationale Bilanz einbezogen werden müssten.

Nur wenn ein Staat sich entscheidet, auch über den Bereich „Forest Management“ zu berichten, müsste er diese Verluste genau berechnen. Verständlich also, dass sich nur solche Länder für diese Option entschieden haben, die einen Zuwachs an Biomasse in ihren Wäldern erwarten. Denn den können sie sich als Emissionsminderung gutschreiben.

Hieran scheint sich auch in Zukunft wenig zu ändern. Eines der wenigen konkreten Ergebnisse der Klimaverhandlungen in Cancun war die Entscheidung, die bisherigen Definitionen und Verfahrensweisen bei LULUCF auch weiterhin anzuwenden.

Ein Schlupfloch für Holzfäller

Einer der wichtigsten offenen Punkte der bisherigen Verhandlungen ist

die Frage nach dem Referenzwert für die Berechnung von Emissionen aus dem Bereich der Waldwirtschaft. Dies ist von besonderer Bedeutung, denn die Entscheidung darüber, ob die Emissionen gestiegen oder gesunken sind, hängt ausschließlich von dem Ausgangsniveau ab.

Die meisten Industrieländer wollen hier nicht einen historischen Durchschnittswert zu Grunde legen, der sich etwa aus den Emissionen der Jahre 1990 bis 2008 ergibt, sondern einen deutlich höheren Referenzwert, der eine in den kommenden Jahren steigende Holznutzung bereits einrechnet.

Im Mittel der Jahre 1990 bis 2008 wurden in den Wäldern aller Annex 1 Staaten etwa 950.000 Kt CO₂-Äquivalent gespeichert. Der Durchschnitt der bisher vorgeschlagenen Referenzwerte liegt aber bei nur bei etwa der Hälfte. Für die Berechnung der Emissionen in einer kommenden Verpflichtungsperiode hätte das gravierende Auswirkungen:

Würde alles bleiben wie bisher und die Wälder der Annex 1 Staaten in

gleichem Maße eine Senke für Klimagasen bleiben, könnten sie sich trotzdem die Differenz zum Referenzwert als Emissionsminderung gutschreiben und gegen Emissionen in anderen Bereichen verrechnen.

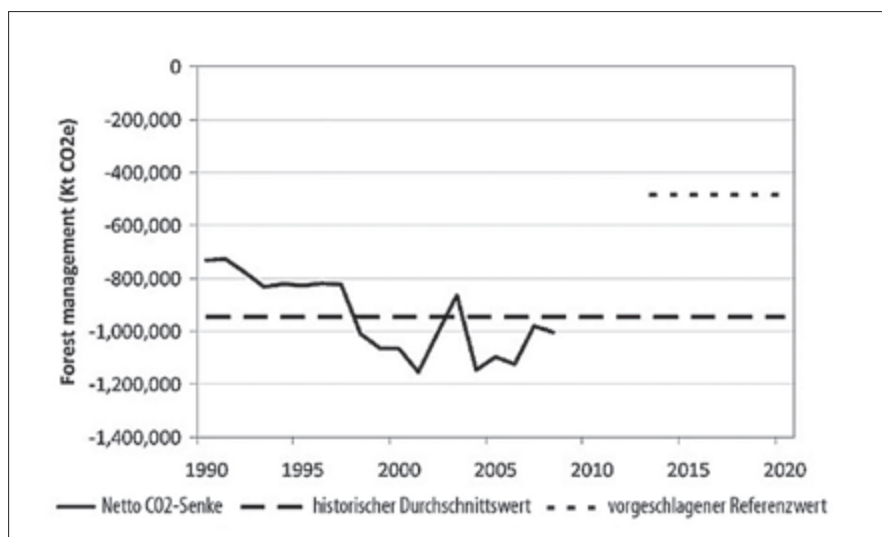
Würde der Holzeinschlag in den kommenden Jahren deutlich ansteigen, so bliebe die Senkenwirkung der Wälder voraussichtlich immer noch größer als der Referenzwert. Es gäbe dann zwar kaum noch eine Gutschrift, aber rechnerisch auch keine zusätzlichen Emissionen, die die Erreichung der bislang wenig ambitionierten Reduktionsziele gefährden könnten.

Auch ist die Frage noch offen, ob für die Anrechnung der Emissionen bzw. der Minderung, die sich aus der gewählten Berechnungsmethode ergibt, eine Begrenzung (cap) definiert wird.

Wird dieses Schlupfloch nicht gestopft, steht zu befürchten, dass die ohnehin zu niedrigen Minderungsziele der meisten Annex 1 Staaten allenfalls auf dem Papier erreicht werden.

Bilanzbeschönigung:
Waldbrände nein,
Holzprodukte ja

Relativ weit vorangeschritten sind dagegen die Verhandlungen über einen Mechanismus, der es Ländern erlauben soll, solche Emissionen he-



CO₂-Speicherung durch die Wälder aller Annex 1 Staaten

Quelle: CAN 2010.

raus zu rechnen, die auf Naturkatastrophen zurückzuführen sind. Ob ein beispielsweise durch Blitzschlag verursachter Waldbrand aber nur deshalb katastrophale Ausmaße annimmt, weil er sich in degradierten Wäldern wesentlich schneller ausbreitet als in Naturwäldern, wird wohl nicht berücksichtigt.

Vieles deutet darauf hin, dass in Zukunft auch das in Holzprodukten gespeicherte CO₂ in die Berechnungen einfließen soll. Bislang wurde das eingeschlagene Holz im gleichen Jahr „abgeschrieben“, das heißt als CO₂-Emission verbucht. Nun sollen für eine noch zu definierende Zahl von Holzprodukten Halbwertszeiten errechnet werden, um verarbeitetes Holz als weitere Senke anrechnen zu können.

Sicherlich ist es richtig, dass das in einem Dachstuhl verbaute Holz wesentlich länger CO₂ speichert als etwa Papier. Doch ob es nach einem oder erst nach 100 Jahren wieder freigesetzt wird, ist unter Klimagesichtspunkten irrelevant. Vor diesem Hintergrund ist es ein kaum vertretbarer bürokratischer Aufwand, wenn in Zukunft jedes Jahr der Bestand von einigen hundert Kategorien von Holzprodukten mengenmäßig erfasst werden muss. Außerdem herrscht noch Uneinigkeit über das richtige Berechnungsmodell. Derzeit werden fünf Bilanzierungsmethoden diskutiert, deren Ergebnisse bis zu einer Zehnerpotenz voneinander abweichen.

Wenig Hoffnung also, dass in Kürze ein robustes und verlässliches Modell

für die Berechnung von Emissionen aus dem Waldsektor entsteht. Vieles deutet aber darauf hin, dass die Erfassung von Emissionen aus dem Bereich Forest Management für die Annex 1 Staaten in Zukunft verpflichtend wird. Gleichzeitig wird immer häufiger diskutiert, ob die für die Industrieländer entwickelten Ansätze im Rahmen von REDD auch für den Rest der Welt gelten sollen. Die Signalwirkung, die von Staaten und Interessenverbänden ausgeht, die um jedes Schlupfloch kämpfen, ist jedenfalls alles andere als positiv.



Wolfgang Kuhlmann

Der Autor ist Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz (ARA).

Alternativer Energiegipfel der Klima-Allianz

Zäsur für die Energiepolitik – Bewertung und Perspektiven der Stromkonzerne in Deutschland

Auf Einladung der Klima-Allianz diskutierten Mitte Mai Vertreter der Energiewirtschaft, der Umweltverbände und der Politik, welche konkreten ökonomischen Auswirkungen ein Wandel zu immer mehr erneuerbaren Energien für den deutschen Energiemarkt hat. Etwa 100 Teilnehmer kamen zu dem Alternativen Energiegipfel nach Berlin.

„Ich kann mir einen Energiemarkt ohne Brennstoffpreise ehrlich gesagt gar nicht vorstellen.“ So brachte Uwe Knickrehm, Senior Manager Wirtschaft und Politik bei EnBW eine der aktuell zentralen Konfliktlinien in der Energiewirtschaft plakativ auf den Punkt: denn je mehr Anteile die erneuerbaren Energien erlangen, desto stärker gerät das Business-Modell, bei dem mit der Energiegewinnung aus Kohle, Gas und Uran bislang Geld verdient wurde, unter Druck.

Dass die großen Stromkonzerne mit ihrem atomar-fossilen Kraftwerkspark denkbar schlecht aufgestellt sind und dafür auch an den Aktienmärkten abgestraft werden, zeigte Christopher Kuplent, Research Analyst bei Merrill Lynch. So haben zum Beispiel die Aktienkurse von E.ON und RWE seit Fukushima drei bis fünf Prozent an Wert verloren. „Längerfristig mehr und schnellerer Wettbewerb aus erneuerbaren Energien bedeutet Marktanteilsverluste für konventionelle Kraftwerke“, so Kuplent. Der Markt werde für die Auslaufmodelle Kernenergie

und Kohlekraft deshalb keine ausreichenden Renditen mehr anbieten können. „Ich sehe die Zukunft der Energieversorger als Systemdienstleister.“

Aufgrund des gestiegenen Wettbewerbs und der hohen Planungsunsicherheit für konventionelle Kraftwerke würden laut Kuplent notwendige Investitionen in effiziente Gaskraftwerke, die für eine Energiewende Richtung 100 Prozent Erneuerbare gebraucht würden, derzeit nicht getätigt. Kuplent warf deshalb die Frage nach gezielten Anreizen für Kraftwerksneubauten auf. Derartige „Capacity Payments“ gäbe es bereits heute in England und Russland.

Energiewende oder Business-as-usual?

Warum die großen Stromkonzerne nicht schon früher in erneuerbare Energien investiert haben, blieb weitgehend unbeantwortet. „Wir haben spät angefangen, aber es ist noch nicht zu spät“, sagte Andreas Brabeck, Abteilungsleiter bei RWE. Er

versprach, dass sich der Essener Konzern zukünftig stärker im Bereich der Offshore-Windenergie engagieren werde, um den eigenen Kraftwerkspark klimafreundlicher zu machen. „Wir müssen im Bereich Strom und Wärme bis 2050 CO₂-neutral sein“, erklärte Brabeck.

Sebastian Sladek, Geschäftsführer von EWS Schönau, bezweifelte, ob bei einem Festhalten an einer zentralisierten Energieversorgung die Energiewende überhaupt zu schaffen sei. „Je dezentraler wir sind, desto effizienter können wir sein“, sagte Sladek. Er stellte auch die von der Deutschen Energie-Agentur (dena) geforderten 3.600 Kilometer Netzausbau in Frage. „Dezentrale Lösungen mit einer hohen Bürgerbeteiligung erhöhen die Akzeptanz der erneuerbaren Energien und ähnliche Modelle sollte man sich auch für den Netzausbau überlegen“, lautete seine Forderung. „Dezentralisierung heißt Demokratisierung und das sollte auch im Interesse der Politik sein.“

Dass die dena-Zahlen auch von der Politik keineswegs als feste Größe angesehen werden sollten, forderte selbst Andreas Jung, Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung der CDU/CSU.